

Für mehr statt weniger Energiewende

In sieben Landeshauptstädten Deutschlands haben am 22. März rund 30 000 Menschen gegen ein Ausbremsen der Energiewende demonstriert. Der Katholikenrat im Bistum Trier forderte Bundeswirtschaftsminister Gabriel auf, seine Reformvorschläge im Hinblick auf Nachteile zu überprüfen, die besonders auch Bürgerenergiegenossenschaften fürchten.

Bei den Kundgebungen forderten mehrere Redner den beschleunigten Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken. Kritisiert wurden Pläne der Bundesregierung, die Förderung der Photovoltaik und der Windkraft an Land zu begrenzen.

Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), sagte in seiner Rede in Wiesbaden: „Wir fordern die Ministerpräsidenten der Länder auf, jeden Versuch der Bundesregierung, den Ausbau erneuerbarer Energien einzuschränken, klar und deutlich zurückzuweisen. Wenn die Politik den Willen einer Mehrheit der Bundesbürger umsetzen will, dann muss sie ein Abwürgen der Energiewende auf jeden Fall verhindern. Das ist unsere Gesellschaft folgenden Generationen und dem Schutz von Umwelt und Klima schuldig.“

Jochen Stay von der Anti-Atomorganisation „ausgestrahlt“ sagte bei der Demonstration in Hannover, an der nach Veranstalterangaben 8000 Menschen teilnahmen: „Wir wollen nicht erst 2022 raus aus der Atomkraft, sondern jetzt. Wir wollen keine neuen Braunkohletagebaue, sondern ein Kohleausstiegsgesetz. Wir wollen kein Fracking, sondern den zügigen weiteren Ausbau

von Wind- und Solarenergie. Und wer behauptet, die Energiewende sei zu teuer, der will doch nur weiter seinen Reibach mit schmutzigen Kraftwerken machen und verschweigt gleichzeitig die Kosten von Klimakatastrophe und Atommüll-Desaster.“

Das Aus für alle Atomkraftwerke und ein Ende der Atommüllproduktion forderten auch in Kiel 5000 und in Freiburg rund 1000 Demonstrationsteilnehmer.

Planungen gefährden alte und neue EEG-Anlagen

Vor 5000 Demonstranten in Düsseldorf beziehungsweise 2000 Kundgebungsteilnehmern in Potsdam riefen Redner und Rednerinnen die jeweiligen Landesregierungen auf, aus der Kohleförderung auszusteigen. Sie schade den Menschen vor Ort, verhindere mehr Klimaschutz und den Umstieg auf erneuerbare Energien.

In München forderten 5000 Protestierende von Ministerpräsident Horst Seehofer, den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien nicht weiter zu behindern.

In Mainz und Wiesbaden forderten demnach insgesamt 4000 Demonstranten von ihren Landesregierungen, sich auf Landes-



So wie hier in Hannover gingen in sieben deutschen Landeshauptstädten Menschen auf die Straße, um gegen eine falsche „Neuausrichtung“ der Energiewende zu demonstrieren. Foto: Imago

und Bundesebene dafür einzusetzen, dass bestehende und geplante Erneuerbare-Energien-Anlagen nicht durch falsche politische Entscheidungen gefährdet werden.

Die Demonstrationen in den sieben Landeshauptstädten wurden organisiert von der Anti-Atomorganisation „ausgestrahlt“, dem BUND, dem Kampagnen-Netzwerk „compact“, den „Natur-Freunden Deutschlands“ und zahlreichen regionalen Trägern.

Auch der Katholikenrat im Bistum Trier hat sich in seiner Vollversammlung am 22. März erneut mit dem Thema Energiewende befasst und die Befürch-

tungen des neu gegründeten Bündnisses Bürgerenergie aufgegriffen. Der Katholikenrat appellierte an die Bundesregierung, „die vom Bündnis Bürgerenergie geäußerte Kritik an der Novellierung des EEG ernst zu nehmen, die Vorschläge des Bündnisses sorgfältig zu prüfen und die bisher vorgelegte Novelle des EEG entsprechend zu korrigieren“ (vgl. Artikel unten auf dieser Seite).

Der Ratsvorsitzende Manfred Thesing kritisierte, dass derzeit fast nur noch über die Kosten der Energiewende geredet werde und dabei ihre dringende Notwendigkeit aus dem Blick gerate. red/bs

Info

Mehr Informationen gibt es unter www.energie-wende-demo.de sowie beim

► BUND, Thorben Becker, Leiter Energiepolitik, Telefon (0 30) 2 75 86-421 oder (01 73) 6 07 16 03, E-Mail thorben.becker@bund.net, Rüdiger Rosenthal, Pressesprecher, Telefon (0 30) 2 75 86-425/-489 oder (01 71) 8 31 10 51, presse@bund.net. Ansprechpartner Mainz und Wiesbaden: Michael Ullrich, Telefon (0 61 31) 6 27 06-0, E-Mail Michael.Ullrich@bund-rlp.de.

► Katholikenrat, Geschäftsstelle, Telefon (0651) 7105-435, E-Mail katholikenrat@bistum-trier.de

Gabriels Pläne: Kritik von Bürgern und Industrie

Bundeswirtschaftsminister Gabriel bekommt für seine Pläne zur Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) Druck von allen Seiten. Bürgerenergiegenossenschaften fürchten um ihre Existenz, und Industrieunternehmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit bedroht. Auch in Rheinland-Pfalz.

Von Bruno Sonnen

Jede vierte Photovoltaik-Genossenschaft im Südwesten verkauft ihren Strom inzwischen selbst. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands (BWGV). Das ist von Vorteil für viele: Der günstige Sonnenstrom wird direkt von den Nutzern der Gebäude, auf denen sich die Anlagen befinden, verbraucht und nicht mehr ins öffentliche Netz eingespeist, die Verbraucher haben deutlich geringere Stromkosten und bremsen auch den allgemeinen Anstieg des Strompreises. „Dadurch profitieren auch Menschen von der Energiewende, die sich keine eigene Anlage leisten können“, erklärt BWGV-Präsident Dr. Roman Glaser.

Zusammen mit vielen anderen Genossenschaftlern fürchtet Glaser nun aber, dass die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel geplante Reform des EEG-Gesetzes dieses „Erfolgsmodell“ stoppt. Die Bundesregierung plane, die lokale Vermarktung des Stroms stärker zu belasten. Ge-



Bürgerenergie: Gerhard Dehen, Mario Bürders und Marc Steinert (von links) an einer neuen Anlage in Neumagen-Dhron. Foto: Sandra Blass-Naisar

meinschaftsunternehmen sollten künftig für ihren vor Ort selbst erzeugten Strom auch noch die volle EEG-Umlage zahlen, von der sie bisher weitgehend befreit waren.

Die Preise sprechen noch nicht die Wahrheit

Auch der CSU-Energieexperte Josef Göppel sieht die Entwicklung kritisch. Die Direktvermarktung wirke so, „wie wenn ein Biobauer seine Waren vermischt mit den Produkten anderer Hersteller in der selben Kiste verkaufen muss“, sagt Göppel. Die Absicht Gabriels, das so genannte Marktprämienmodell, also die Direktvermarktung des Stroms an der Leipziger Strombörse, schrittweise für alle Anlagen ab 100 Kilowatt einzuführen, sei eigentlich paradox, sagt Gerhard Dehen von der Volksbank Trier, die sich bei

der Trierer Energiegenossenschaft Treneg EG engagiert. „Unsere Mitglieder sollen unseren Strom nicht selbst nutzen können, aber eine Direktvermarktung wird vorgeschrieben. Hier stellt sich die Frage, für wen denn Strom erzeugt werden soll.“

Die Pläne Gabriels seien „völlig ungeeignet, einen echten Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu erzeugen“, erklärt Dehen. „Dafür müssten sich die Kosten aller Energieträger im Preis widerspiegeln. Solange aber die Kosten der Energiewende nur auf der Stromrechnung zu finden seien, die Kosten für Atom- und Kohlestrom jedoch zu einem großen Teil steuerfinanziert beziehungsweise auf kommende Generationen übertragen würden, „verschwendung wir weiter knappe Ressourcen und schaffen nur einen Scheinwettbewerb zu Gunsten der Großkonzerne.“ Das sieht auch sein

Mitstreiter bei der Volksbank Bitburg, Mario Brüdners, so, der sich bei der Genossenschaft Südeifel Strom engagiert. „Aus meiner Sicht haben hier die großen Vier in Berlin gute Lobbyarbeit geleistet“, spielt Brüdners auf die Rolle der vier großen Stromversorger in Deutschland, RWE, Vattenfall EON und EnBW an. Mittlerweile betrage der Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamtstromhaushalt Deutschlands 25 Prozent, davon wiederum stammten fast 50 Prozent aus Projekten in Bürgerhand. „Den Stromriesen schwimmen die Felle weg“, sagt Brüdners, und Franz-Josef Louen von der Neuwieder Bürgerenergiegenossenschaft „wawiso“ bescheinigt den „vier Giganten, ihr Versagen“ lasse sie nach weiteren Subventionen rufen, um ihre „überlebten Geschäftsmodelle“ zu retten. „So versuchen sie, Verbraucher und Kunden weiter als Geiseln zu nehmen und der Politik Chimären aufzutischen.“

Bündnis Bürgerenergie appelliert an Länderchefs

Auch Verena Ruppert, Geschäftsführerin des rheinland-pfälzischen Landesnetzwerks Bürgerenergiegenossenschaften (LANEG) sieht die Pläne Gabriels sehr kritisch. „Der Gesetzentwurf scheint insgesamt eher ein Ausbremsen der Energiewende bewirken zu wollen als eine Fortschreibung oder gar Intensivierung“, sagt sie. Ruppert engagiert sich auch im neu gegründeten „Bündnis Bürgerenergie“, das Sturm gegen die Gabriel-Pläne läuft und auch zu den Demonstrationen am 22. März mit aufgerufen hat (siehe Artikel oben). Das Bündnis hat in einem offenen Brief an die Minister-

präsidenten der Länder unter der Überschrift „EEG-Reform gefährdet Bürgerbeteiligung bei Energiewende“ eine Fülle von Bedenken geäußert, wichtige Stichworte sind dabei Direktversorgung und Marktintegration vor Ort statt verpflichtender Direktvermarktung, keine weitere Belastung des Eigenverbrauchs und Vertrauensschutz für bestehende beziehungsweise geplante Anlagen.

Interessant ist, dass die Kritik an den Plänen der Bundesregierung zur Eigenstromerzeugung auch noch von einer ganz anderen Seite kommt. In einer „Mainzer Erklärung“ vom 20. März warnen führende Vertreter zahlreicher rheinland-pfälzischer Industrieunternehmen gemeinsam mit Wirtschaftsministerin Eveline Lemke vor den geplanten Regelungen zur Eigenstromerzeugung. Viele Unternehmen hätten in den letzten Jahren, „basierend auf dem Vertrauensschutz, massive Investitionen in Energieeffizienztechnologien getätigt“, die nicht nur dem Klima, sondern auch der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit der Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten zugute kämen, heißt es in dem Papier. Damit die Unternehmen auch in Zukunft mit ihren „hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und Erneuerbare-Energien-Anlagen einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten können“, dürfe die Eigenstromerzeugung mit Hilfe dieser Anlagen auch weiterhin „nicht in die EEG-Umlage einbezogen“ werden.

Die Liste der Unternehmen, die den Appell unterschrieben haben, reicht von der Bitburger Brauerei über Opel in Rüsselsheim und BASF in Ludwigshafen bis zur Schott AG in Mainz.

STEFFGEN
UMZÜGE & LAGERUNG
www.steffgen-umzuege.de
Telefon: 06 51/9 98 07 77
Telefax: 06 51/9 98 07 78
A. Steffgen Oltstr. 2 54294 Trier

www.mallmann.com
Umzüge - Lagerungen
Telefon: 0651-24004

VERSCHIEDENES

Stabile Falltüren in allen Preislagen.
Telefon (06 81) 3 89 95-0.

Treppen - Renovierungsprofile im Sonderverkauf. Fa. Schommer, 66123 Saarbrücken, Dudweilerlandstr. 105. Tel. (06 81) 3 89 95-0.

Sockelleisten zur Verkleidung von Heizungsrohren, Fußleisten aller Art. Fa. Schommer, 66123 Saarbrücken, Dudweilerlandstr. 105. Tel. (06 81) 3 89 95-0.

Seit 25 Jahren!

Treppenlifte
neu ab 3.490,- €

kostenlose Beratung vor Ort,
Partner v. Krankenkassen & Behörden

kompetent - seriös - preisgünstig

Agesa 0800 / 3 800 900
www.agesa.de



Bischof Dr. Stephan Ackermann

» Stifungen haben in der Kirche eine lange Tradition. Mit

ihnen gehen die Stifter nicht nur tiefer in das Gedächtnis der Kirche ein. Sie eröffnen künftigen Generationen auch Lebenschancen. Helfen Sie mit! <<

Bischof Stein
STIFTUNG

im Bistum Trier

WERTE BEWAHREN
BILDUNG FÖRDERN
GLAUBEN WEITERGEBEN

Kochstraße 2, 54290 Trier
Tel. 0651-145 195 7-0
stiftungszentrum@bistum-trier.de
www.bischof-stein-stiftung.de
Konto 301 8001 011, Pax Bank
BLZ 370 601 93

Was tun gegen ARTHROSE?

Wer Arthrose hat, kennt die Symptome nur allzu gut: Schmerzen bei jeder Bewegung, zunehmende Einsteifung und viele Nächte ohne Schlaf. Kann es gelingen, dieser häufigsten aller Gelenkkrankheiten vorzubeugen? Können die Vorstufen der Arthrose schon heute wirksam therapiert werden? Dies ist das große Ziel der vielen Verfahren zur Knorpel-Reparatur, die in den letzten Jahren entwickelt worden sind. Welche dieser neuen Methoden sollte man als Patient kennen? Wie unterscheiden sie sich, und für wen kommen sie in Frage? In der neuesten Ausgabe ihrer Informationszeitschrift „Arthrose-Info“ hat die Deutsche Arthrose-Hilfe hierzu zahlreiche wichtige Hinweise zusammengestellt. In anschaulichen und interessanten Darstellungen werden darüber hinaus viele nützliche Empfehlungen zur Arthrose gegeben, die jeder kennen sollte. Weitere Informationen und ein Sonderheft können kostenlos angefordert werden bei: Deutsche Arthrose-Hilfe e.V., Postfach 11 05 51, 60040 Frankfurt/Main (bitte gerne eine 0,60-€-Briefmarke für Rückporto beifügen).

WÜRDE...



Mit einer Spende für eines der 2.500 Adveniat-Projekte in Lateinamerika und der Karibik schenken Sie den Menschen Würde.

adveniat
Für die Menschen
in Lateinamerika